

Margit Mayer

Friedensbewegung in den USA: Protestbewegung in zwei Teilen.

Als die amerikanische Friedensbewegung in den frühen 1980er Jahren sich so plötzlich, so unvorhergesehen und so massiv auf die Tagesordnung setzte, wurde sie als »breite« und »neue« Massenbewegung apostrophiert. Schon bald jedoch schien sich der Schwerpunkt der Massenmobilisierung zu verlagern: in der Öffentlichkeit existierte sie mehr und mehr als »Freeze-Resolution« im Kongreß, die im Mai 83 schließlich, mit zahlreichen verwässernden Zusätzen, vom Repräsentantenhaus verabschiedet wurde¹.

Zwar hören wir auch 1984 noch von Demonstrationen, Besetzungen, Zugblockaden, gewaltlosen Aktionen und Sachbeschädigungen durch Rüstungsgegner², aber offensichtlich dominieren inzwischen die auf den Wahlkampf ausgerichteten Aktivitäten diverser »Peace Political Action Committees«.

Von Anfang an stellte die amerikanische Friedensbewegung in vieler Hinsicht eigentlich nur den Nenner dar, auf den sich andere soziale Bewegungen in ihrer Opposition gegen die Reagan-Administration am leichtesten einigen konnten. So stellt die Friedensbewegung eine amorphe Erscheinung dar, die selbst keine eigenständigen Mobilisierungs- und Rekrutierungsformen entwickelt³. In ihr finden jedoch Mobilisierungsformen und Protestverhalten, wie sie in anderen sozialen Bewegungen entstanden sind, einen besonders ambivalenten Ausdruck: schärfer als anderswo zeigten sich an diesem »Ultimate single issue« der atomaren Bedrohung, und an der Geschwindigkeit dieses Mobilisierungsprozesses, die Grenzen herkömmlicher, vereinheitlichender politischer Strategien.

I.

Der Appell an die Regierungen in Washington und Mokau zu einem »sofortigen und kontrollierbaren Einfrieren der Nuklearrüstung«, der im Mai 1983 im Repräsentantenhaus zur Abstimmung stand, existiert seit dem April 1980, als er von Randall Forsberg vom Institute for Defense and Disarmament als »Call to Halt the Nuclear Arms Race« verfaßt und von verschiedenen Public Interest-Gruppen veröffentlicht wurde⁴. Seither wurde dieser Freeze-Vorschlag von zahllosen Town-Meetings, Stadt- und Kreisparlamenten, und einer Reihe Einzelstaatsregierungen unterstützt und von Tausenden von lokalen Gruppen unterschiedlichster Couleur übernommen. Der »Freeze!« war zentraler zusammenfassender Slogan der New Yorker Demonstration (12. Juni 1982) anläßlich der UN-Abrüstungsgespräche. Allerdings fiel schon hier auf, daß weniger irgendwelche Organisationen diesen Kulminationspunkt organisiert haben, sondern eher die Reagansche Politik selbst. Der Erfolg der Demonstration traf sich mit der Offensive liberaler Politiker, die ihre Chance gekommen sahen, mittels der Friedensfrage wieder besser ins politische Geschäft zu kommen. (z.B. Gouverneur Jerry Brown, die Senatoren Kennedy und Hatfield). Im August 82 unterlag der Appell knapp im Repräsentantenhaus (202:204). Bei den Kongreß- und örtlichen Wahlen kam der »Freeze-Issue« jedoch als Referendum auf so viele Wahlzettel, daß mindestens ein Viertel der amerikanischen Bevölkerung damit konfrontiert wurde. (11,6 Millionen votierten für das Einfrieren der Arsenale, 7,6 Millionen dagegen.)

Unterhalb dieser offiziell-politischen Ebene und von den Medien weniger verbreitet lag eine andere: das plötzliche Entstehen einer regelrechten Massenbewegung im Laufe des Jahres 1982. Hunderte ganz unterschiedlicher Gruppen, viele autonom und lokal verankert, viele »direkte Aktionen« und ziviler Ungehorsam (Disobedience for Disarmament), die meisten

dieser Aktivitäten nicht koordiniert; manchmal aber auch untereinander abgestimmt — wie z.B. im April 1982 in der von *Ground Zero* organisierten Anti-Kernwaffen-Woche⁵, als gleichzeitig in 650 Städten, Tausenden von Universitäten und Schulen ein riesiger »Lernprozeß« über die Bedrohung durch Kernwaffen stattfand. Auch die Dachorganisation *Mobilization for Survival*, die seit 1977 existiert, bemühte sich um Kommunikation und Koordination innerhalb der Friedensbewegung.

Insgesamt war jedoch festzustellen, daß — angesichts der aufbrechenden Angst und Sorgen der Menschen — traditionelle politische Führung oder linke Avantgarden versagten: weder die Demokratische Partei hatte Angebote zu machen, wie ein Widerstand gegen Reagans Aufrüstungspolitik zu organisieren sei, noch funktionierten die Organisations-Konzepte linker Gruppen. Die Politiker hängten sich an das Thema, als es populär und publizitätsträchtig war, um es für ihr politisches Glück zu nutzen; die Linke ist angesichts des klassenspezifischen Charakters und angesichts des neuen Rhythmus dieses sozialen Prozesses, des Verschmelzens ganz heterogener sozialer Gruppen in situativen Protestformen, in ihren Strategien verunsichert.

So bildete sich eine eigentümliche Struktur heraus: eine spezifische Spannungsachse zwischen lokalen Aktivisten und organisierten Zentren (wie bspw. seit April 1981 der *Nuclear Weapons Freeze Campaign*, zunächst in St. Louis, dann auch in Washington). Während die Grassroots-Aktivisten häufig bei ihren — oft ganz unterschiedlichen — lokalen Issues bleiben⁶ und selten politische Kandidaten unterstützen, wurde die *Nuclear Weapons Freeze Campaign* zu einer zunehmend bürokratischen Organisation mit einem expertenbestückten Lobby-Apparat, und einer Ausrichtung, die Politik primär in der Form von »Druck auf den Congressman Ausüben« betreibt. Hand in Hand mit dieser Orientierung ging, daß man Public Relations-Firmen anheuerte, um mit de-

ren Hilfe die Anliegen besser und effektiver zu verbreiten und die Wirkung auf das politische System zu steigern. Hand in Hand ging ebenso die Zusammenarbeit mit den philanthropischen Millionären und ihren Gruppen (Mott in New York, Willens in Kalifornien, Stern-Fund, Rockefeller-Kinder, Field Foundation etc.); dieses Millionärgeld ermöglichte nicht nur die teuren TV-Spots (35 000 Dollar pro 60 Sekunden), sondern vor allem auch die Einrichtung von Datenbanken mit Namen und Adressen von zukünftigen und potentiellen »Direct Mail Shots«.

Eine weitere Methode, Geld zu organisieren, wurde zu den Zwischenwahlen von 1982 die Gründung von Wahlkampfkomitees zum Zweck der finanziellen und organisatorischen Unterstützung von Kandidaten in den Wahlen für das Repräsentantenhaus, sog. »Political Action Committees«, z.B. das *Peace PAC*, oder Sterns *Citizens for Common Sense in National Defense*, oder in Kalifornien die *Vothing Power Political Action Committees*, die ganz analog zu etablierten PACs von wirtschaftlichen Interessengruppen oder Standesorganisationen Geld organisierten (»Fundraising« betrieben), allerdings hier zur Unterstützung von Freeze-Kandidaten bzw. zur Bekämpfung ihrer Opponenten.

Auch Umweltorganisationen, die den Freeze unterstützen (wie die Öko-Gruppe *Friends of the Earth*) unterhalten ein PAC zur Unterstützung von sowohl umwelt- als auch freezefreundlichen Kandidaten.

Ältere und respektable Umweltorganisationen wie *Sierra Club* und *Audubon Society* zögerten mehr, sich auf Verteidigungs- und Nationale Sicherheits-Interessen einzulassen, aber in dem Maß, wie der Freeze-Issue massenhaften Anklang fand, suchten auch sie, ihre Basis mittels dieses Zusammenhangs zu vergrößern.

Während das Einsteigen der Umwelt-Organisationen der Freeze-Kampagne sowohl mehr Mittel brachte, als auch die Arbeit auf »Grassroots-Ebene« bestärkte, brachte das Engagement anderer gesellschaftlicher Gruppen

und einflußreicher Organisationen, insbesondere der Kirchen, moralische und legitimatorische Unterstützung, die natürlich für die Breite der Bewegung entscheidend war. (Nennenswert v.a. die Rolle der Mormonen, und daß die Katholischen Bischöfe die Frage des atomaren Wettrüstens zu einem entscheidenden Kriterium ihrer Moralvorstellungen gemacht haben). Auch Gewerkschaftsgruppen haben sich mit Kirchen und Sozialen Aktionsgruppen in der »*Fair Budget Action Campaign*« zusammenschlossen, um die Begrenzung militärischer Ausgaben zu verlangen. Und immer weitere Berufsgruppen und -verbände — von Ärzten⁷ über Wissenschaftler und Künstler bis hin zu Geschäftsleuten — schlossen sich »für gesellschaftliche Verantwortung« zusammen. Und — was in der BRD aufgrund des weniger dezentralen Föderalismus auf viel größere Schwierigkeiten stößt —: ganze Städte wehrten sich gegen die Zivilverteidigungs-Pläne der Bundesregierung, über 350 städtische Kommunen haben ihre Gemeindegebiete zu atomwaffenfreien Zonen erklärt.

Die Ausrichtung der organisierten Zentren wie *National Campaign for Nuclear Freeze* zielte vor allem darauf, die »Hälfte des Kongreß« von der Notwendigkeit der Freeze-Resolution zu überzeugen (d.h. hauptsächlich durch Lobby-Anstrengungen und Briefkampagnen an Repräsentanten und Senatoren) und durch Zeugenaussagen in Anhörungen des Kongresses politische Entscheidungen zu beeinflussen; ferner gehören gerichtliche Auseinandersetzungen und »Rating«, also die Bewertung der Politiker nach ihrem Abstimmungsverhalten, zu ihren Mitteln. Radikalere Friedensorganisationen, wie z.B. die Abrüstungsorganisation *SANE* (die ebenfalls ein PAC unterhält), wollten weiter gehen: *SANE* griff vor allem die Finanzierung für andere Waffensysteme an (*MX*), die Washingtoner *Koalition für eine neue Außen- und Rüstungspolitik* konzentrierte sich darauf, die Gelder für *Cruise Missiles*, *Pershing 2*, *MX* und *D5* aus dem Haushalt zu kippen; *Mobilization for Survival*, eine der

wichtigsten basisorientierten Abrüstungsgruppen, organisierte im Februar 1983 in 11 Städten eine Aufklärungs- und Organisationskonferenz zu Pershing 2 und Cruise Missile.

So entstand eine Art arbeitsteiliger Kompromiß zwischen der »Mainstream Freeze-Bewegung«, die sich primär auf die Abstimmung im Repräsentantenhaus konzentrierte, und radikaleren Friedensgruppen. Die *National Campaign for Nuclear Freeze* und insbesondere die »main Freeze political supporters« (wie Senator Edward Kennedy) bezogen dabei keineswegs für den Abbau spezieller Waffensysteme Position, letztere unterstützen sogar generell den Ausbau konventioneller Waffen⁸. Die radikaleren Abrüstungsorganisationen (wie SANE) begründeten ihren Kompromiß mit der Hoffnung, daß man nach erfolgreicher Abstimmung im Repräsentantenhaus mit noch mehr »moralischer Autorität und politischem Gewicht« spezifische Waffensysteme aufs Korn nehmen könne⁹.

Auf der dritten *National Freeze* Konferenz (am 21. Februar 1983) wurde noch beschlossen, sich im Hinblick auf die 1984er Wahlen mit *ganzer Kraft* für die Wahl bestimmter Politiker einzusetzen. Dieser enge parlamentarisch-politische Fokus wurde auf der 4. Jahresversammlung Anfang Dezember 1983 wieder aufgegeben: eine Reihe von national koordinierten lokalen Aktionen bis hin zu Moratorien wurde für 1984 ins Auge gefaßt. Soche parallel zum Lobbying laufende »Citizens Action« soll den Druck auf Kongreßmitglieder verstärken, damit sie wenigstens einen partiellen Freeze¹⁰ verabschieden.

Die anderen »Haupt-Issues« seit den Freeze-Referenda sind die Mittalamerika- und »Euro-Missiles« (seit 1983) geworden¹¹. Die Freeze Campaign, die stark einer »single issue-Strategie« anhängt, zögerte allerdings, die Rolle der USA in Zentralamerika mit in ihre Agenda aufzunehmen.

Die organisatorische Ausdifferenzierung der Friedensbewegung, die sich 1982 bereits angeeutet hatte, hat sich während der letzten 2

Jahre verstärkt fortgesetzt. Auf der genannten Jahresversammlung der Freeze-Kampagne in St. Louis konstituierte auch diese einen politischen Arm, das PAC *Freeze Voter '84*. Dieser nationalen Organisation sind inzwischen 33 Bundesstaats-PACs angeschlossen. Trotz Kritik v.a. von Delegierten radikalerer Friedensgruppen (z.B. War Resisters League, New Yorker Riverside Church) war die überwältigende Mehrheit für diesen Kurs, der faktisch auf eine Unterstützung der Demokratischen Partei hinausläuft. Trotz Kritik aus den eigenen Reihen an der Orientierung auf den parlamentarischen Weg bestätigte die Versammlung den Charakter der *Freeze*-Bewegung als vorrangig liberalen (und weißen) Teil der amerikanischen Friedensbewegung. Zivile Ungehorsams- und Protestaktionen bleiben den lokalen und individuellen Initiativen vorbehalten. Im Wahljahr 84 scheint sich jedoch vielerorts die Sinnfälligkeit von »electoral work« durchzusetzen.

Die für Peace PAC, Sane PAC oder Freeze Voter '84 aktiven Freiwilligenscharen arbeiten für die Präsidentschafts- und Kongreßwahlen 1984 zur Unterstützung bestimmter Kandidaten. Sie durchkämmen die Stadtteile, registrieren möglichst viele US-Amerikaner für die Wahl, sammeln Zusagen für den jeweiligen »Friedens«-Kandidaten, und sie sammeln Geld mit Direct Mail und Telefonbanken. Was dabei hergestellt werden soll, ist »ein hochentwickeltes und effektives Basisnetzwerk, das der Überlegenheit der Technik und des Geldes auf seiten der Rechten entgegenwirken kann¹².«

II.

Wie ist die Breite der Freeze-Bewegung, das Spannungsfeld in ihr, und wie ist ihre spezifische Dynamik zu erklären?

In der Freeze-Bewegung reflektieren sich, gerade weil sie den »Ultimate Single Issue« zum Thema hat, den, der »alle« betrifft, die breiter werdenden Spaltungen und Polarisierungen innerhalb der amerikanischen Klassenstruktur.

Die Mitglieder der verschiedenen Friedensorganisationen kommen aus allen möglichen Schichten, Altersgruppen und rassischen Zugehörigkeiten. Während bei anderen sozialen Bewegungen der letzten Dekade oft spezielle materielle Betroffenheiten ausschlaggebend waren (Vgl. »Poor People's Movements«), engagiert sich in der Friedensbewegung in einem starken Maß die weiße Mittelklasse, die in sich selbst zunehmend differenziert ist. Ethnische Minderheiten und periphere, marginalisierte Schichten (»the poor«) geraten oft in Konflikt mit den Haltungen dieser weißen Mittelschichten, und zwar sowohl in ihrer liberalen Ausprägung als auch mit linken und feministischen Gruppen. Viele Basisgruppen sehen diese Rekrutierung als Problem, aber finden es schwer, damit umzugehen. »Glücklicherweise beginnen bei uns in Kalifornien erste Koalitionen mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung«, betonte deshalb Patrick Diehl in einem Interview über seine Livermore Action Group¹³.

Die vorherrschende soziale Herkunft, die Mittelklasse, bedingt einerseits den (von Deutschen oft als angenehm empfundenen) Pragmatismus, die Ursprünglichkeit in der Vorgehensweise, denn in diesen Schichten ist der Glaube an die Problemlösungsfähigkeit spontaner lokaler Selbstorganisation auf der Gemeindeebene, sind Methoden der direkten Selbsthilfe und die individuelle Einsatzbereitschaft stark ausgeprägt; andererseits ermöglicht diese soziale Herkunft auch die auffallende Herausbildung finanzstarker Lobbies.

Obendrein reflektiert — und reproduziert — sich in dieser Bewegung die eigenartige Funktionsweise der amerikanischen Politik. Das amerikanische politische System zeichnet sich auch heute noch durch extreme Fragmentierung aus, der Staatsapparat ist auch heute noch eine Beute der in Wahlen erfolgreichen Partei, oder besser: der in Wahlen siegreichen Koalition »politischer Unternehmer«. Die politischen Unternehmer, also Geschäftsleute und Rechtsanwälte, die das erhebliche Kapital zusammenbringen, um sich an Wahlkampagnen

zu beteiligen, müssen ihre Positionen flexibel nach den politischen Machtverhältnissen in ihren Distrikten orientieren. Sie konkurrieren mit ihren Kollegen und Widersachern darum, populäre und publizitätsverdächtige Themen so schnell wie möglich aufzugreifen, um sie für ihr politisches Glück zu nutzen. Der Aggregationsprozeß politischer Forderungen wird damit extrem konjunkturabhängig. Abgesehen von der Wirtschaftspolitik (die immer auf der Tagesordnung steht) entwickeln sich alle Politiken, von der Sozialversicherung bis zur Umweltpolitik, in konjunkturellen Zyklen. Themen werden vom politischen Unternehmertum aufgegriffen, wenn sie stimmenmaximierend erscheinen, und wieder fallengelassen, wenn der Druck von Interessengruppen oder von der Straße nachläßt. In diesem Sinn ist das amerikanische System pluralistisch, d.h. es reagiert tatsächlich auf direkte politische Einflüsse (wenngleich natürlich strukturelle Herrschaftsverhältnisse, die auch in der Fragmentierung des politischen Systems verankert sind, unantastet bleiben).

Diese Funktionsweise übt einen Druck auch darauf aus, wie die sozialen Bewegungen sich zu organisieren haben, wenn sie Reaktionen im staatlichen Handeln erzwingen wollen.

So wiederholt sich in den Bewegungen — und zwar keineswegs nur in solchen der Mittelklasse — häufig das Schema des »Unternehmers«, der ein Thema politisch aufgreift und verbreitet. Am besten mobilisieren Bewegungsunternehmer in der Form, daß sie nationale Spitzenorganisationen mit Lobby-Aktivitäten in Kongreß und Administration gründen — während ihre »Gefolgschaft« oder die autonomen lokalen Organisationen unmittelbare Strategien der Problembearbeitung einschlagen. Es braucht deshalb nicht zu verwundern, daß die *National Freeze Campaign* ziemlich bald aus einer 30-Mann starken Experten-Lobby bestand, die mit Hilfe von Direct Mail, Public Relation-Firmen, Computern und anderer »High Technology« die Volksvertreter im Kongreß unter Druck zu setzen suchte. Auch daß

ein solches Schwergewicht darauf gelegt wird, sich für die Wahl bestimmter Politiker einzusetzen, braucht auf diesem Hintergrund nicht zu verwundern. Denn der hohe Grad von Responsivität des pluralistischen politischen Systems legt es nahe, Probleme zunächst durch Druck (= Lobbytätigkeit) auf die an sich funktionierenden Institutionen zu beseitigen zu versuchen. Folglich kann es auch hier nur darum gehen, genug Druck auf diese Institutionen zu entwickeln. Mit der Forderung »Geld für menschliche Bedürfnisse statt fürs Militär!« (dies war neben der Forderung nach Umkehr des Rüstungswettlaufs die programmatische Forderung der New Yorker und anderer Friedensdemonstrationen) wird die Umverteilung staatlicher Ressourcen angestrebt.

Eine ähnliche Konsequenz gilt auf der Ebene der Organisationsform: es braucht nicht zu wundern, daß sich professionelle politische Manager herausbilden, die es verstehen, auf abgehobener Ebene zu »koalieren« und auch mit Geschäftsleuten und Millionären zu verhandeln — die selbst die Freeze-Kampagne als unternehmerische Aktion betrachten. So hat sich bspw. die Kampagne für das Freeze-Referendum in Kalifornien im Herbst 1982 zu einer Goldgrube entwickelt, in die professionelle politische Manager, bestimmte Teile der Geschäftswelt¹⁴ und Public Relations-Firmen eingestiegen sind. Dank gezielt eingesetzter Medienkampagnen waren blitzschnell mehr als das zweifache der erforderlichen 235 000 Unterschriften beisammen, das Direct Mail-Geschäft und die Spendenrückläufe florierten. Das (beträchtliche) Einkommen ging in die Produktion halbstündiger TV-Werbefilme, in Telefondienste, bei denen man gebührenlos sich über Nuklearwaffen und das Militärbudget informieren konnte, oder in Wahlkampfkomitees, die sich zum Zweck der Unterstützung von Freeze-Kandidaten gegründet hatten¹⁵.

III.

Die Frage ist, wie sich die beiden Flügel der Friedensbewegung, hochorganisierte Zentren und lokale Grassroots, zueinander verhalten. Kann es zu Berührungspunkten, zu inhaltlichen Annäherungen kommen?

Daß diesen strukturellen Polen auch inhaltlich gegensätzliche Vorstellungen entsprechen, wurde anhand der National Freeze Campaign und den anderen vorgestellten Beispielen deutlich. In situativen Protestformen sind jedoch Verschmelzungen, wenn auch konfliktreiche, möglich gewesen.

Diese These soll an der Vorbereitung der Demonstration vom 12. Juni 1982 in New York verdeutlicht werden. Auch hier ging es nicht nur um die Spannung zwischen professionellen Mobilisierern und diversen Subkulturen, sondern die Betroffenen der Basis speisten sich selbst aus ganz unterschiedlichen Motivationen. Teile der Vorbereitungscoalition, vor allem die »Third World and Progressive People's Coalition« (in der sich militante schwarze Organisationen wie die Black United Front und die Black Veterans for Social Justice zusammengeschlossen hatten), insistierten, wie auch heute viele radikale Aktivistengruppen (z.B. die War Resisters League) darauf, daß nicht nur für einen bilateralen Freeze zu demonstrieren sei, sondern daß dazu auch der Widerstand gegen den Rassismus im eigenen Land wie die Verurteilung der US-Intervention in El Salvador gehöre und generell der Rolle, die die USA mit konventionellen Waffen in Mittelamerika spielen.

Sie betonten vor allem zwei Zusammenhänge: einmal, daß Verhandlungen über einen verifizierbaren bilateralen Freeze noch Jahre in Anspruch nehmen werden — während derer erst einmal weiter hochgerüstet werden kann. Und zum anderen, daß es Aufgabe der *amerikanischen* Friedensbewegung sein muß, nicht nur die Angst der US-amerikanischen Bevölkerung, die plötzlich der Bedrohung durch einen Atomkrieg gewahr geworden ist, auszu-

drücken, sondern genauso die Bedrohung, die die US-Armee bereits tagtäglich für die Bevölkerung der Dritten Welt darstellt, anzugreifen. Es ist ja gerade der Zweck der nuklearen Vormachtstellung der USA, unbehelligt von der Sowjetunion ihre Einflußsphäre mit »konventionellen« Streitkräften und Mitteln auszudehnen.

Dem »June 12 Rally Committee« gehörten aber 80 nationale Organisationen und 150 lokale Gruppen an, wobei etablierte Abrüstungsorganisationen, Umweltschutzorganisationen und kirchliche Gruppen dominierten. Es konstituierte sich also primär aus den traditionellen Friedensorganisationen, die weiß und Angehörige der Mittelklasse sind. New York City hat jedoch eine starke schwarze und hispanische Bevölkerung und viele organisierte Stadtteilgruppen, deren Druck hier nachgegeben wurde: den »Militanten« wurden schließlich 2 ihrer 3 Forderungen zugestanden, daß »Minderheiten« zu einem Drittel im Führungsausschuß der Koalition vertreten sein sollten, und daß die Verurteilung von Rassismus und Interventionismus ins Programm aufgenommen werden sollte.

Bald nachdem dieser Kompromiß gefunden war, wurde jedoch schlicht eine neue Koalition (mit dem alten Namen) gegründet, zu der die »unbequemen« Gruppen nicht eingeladen wurden. Als »unbequem« wurden sie deswegen eingeschätzt, weil sie dem Hauptziel der großen Organisationen zu widersprechen schienen: »eine breite amerikanische Öffentlichkeit anzusprechen.« »Middle America« sollte durch die Demonstration angesprochen werden. Dave Lindorff zitierte einen Greenpeace »national organizer«: »Wenn wir irgend etwas Bedeutendes in bezug auf Abrüstung erreichen wollen, darf die Demonstration nicht zu weit links sein. Ich persönlich sähe es gerne, wenn mehr konservative und rechte Gruppen involviert wären, denn sie sind *auch* über das Wett-rüsten besorgt, weil es Defizite verursacht¹⁶.« Die Forderung nach einer Verknüpfung der beiden Positionen — Kampf gegen den Inter-

ventionismus der Reagan-Administration in der 3. Welt und Bemühungen um eine weltweite nukleare Abrüstung — hat die amerikanische Friedensbewegung auch seither immer wieder an den Rand des Auseinanderbrechens gebracht.

Die Mehrheit der dem »Freeze« nahestehenden Organisationen zeigt nach wie vor große Berührungängste gegenüber anti-interventionistischen Gruppen (wie etwa der Solidaritätsbewegung mit El Salvador, CISPES). In der Februar-Ausgabe des Abrüstungsmagazins *Nuclear Times* argumentiert Theo Brown (der Direktor von *Ground Zero*) für eine Abgrenzung zu den Anti-Interventionisten, da die Gefahr einer nuklearen Konfrontation nur dann gebannt werden könne, wenn die Mehrheit der Bevölkerung ungeachtet ihrer sonstigen politischen Überzeugungen gegen das Wett-rüsten gewonnen werden könne. Auch die Ärzte-Organisation »Physicians for Social Responsibility« und die *Freeze Campaign*-Funktionäre lehnen es ab, ihre Friedensarbeit mit einer klaren Aussage zur Politik der Intervention zu verbinden. Mobilization for Survival, SANE, American Friends Service Committee und eine Vielzahl örtlicher Friedensgruppen haben sich jedoch entschlossen, die Außenpolitik der Reagan-Administration gegenüber der Dritten Welt und vor allem in Zentralamerika und im Nahen und Mittleren Osten mit dem Kampf um Abrüstung zu verbinden. Mobilization for Survival veranstaltete im Frühjahr 1984 mehrere Konferenzen in amerikanischen Großstädten, auf denen unter dem Motto »Die tödliche Verbindung« zu einer einheitlichen Bewegung gegen das Wett-rüsten und den Interventionismus aufgerufen wurde.

Auf dieser Ebene finden also nach wie vor Lernprozesse und inhaltliche Annäherungen statt. Daß sich 87 % der US-Bürger für einen Freeze ausgesprochen haben (in einer nach dem Fernsehfilm »The Day After« erstellten Umfrage), oder daß eine Freeze-Resolution vom Repräsentantenhaus verabschiedet werden konnte, sind sicherlich politische Ergebnisse,

positive Wirkungen der Friedensbewegung. Ob diese jedoch zu einem Katalysator für weit in die gesellschaftlichen Strukturen heineinreichende Wandlungsprozesse werden kann, oder ob die »mainstream« liberale Führung mit ihrer Vereinnahmung durch Kräfte der politischen Mitte und die entsprechenden Kompromisse die Oberhand behält, hängt zu einem starken Grad von der Möglichkeit und dem Raum für Berührungspunkte und für inhaltliche Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Polen der Bewegung ab. Der aktuelle Schwerpunkt, der von vielen Gruppen auf die Novemberwahlen gelegt wird, eröffnet solche Möglichkeiten eigentlich nur in den Registrierungskampagnen (Voting Power, Project Vote, Women's Vote Project, Chicago Coalition for Voter Registration u.v.a.¹⁷). Aber die nächste große Aktion, bei der jede Gruppe dabei sein will, bei der jede Organisation ihren Reibach und ihren Publizitätserfolg machen will und wo es unvermeidlich wieder Auseinandersetzungen geben wird, kommt bestimmt. In Vorbereitung ist bereits eine »Frühjahrsaktion« nach den Wahlen, eine breite Blockade von Bundesbehörden in Washington, D.C.

¹ Im November 1982 wies der Senat die Resolution mit 58 zu 40 Stimmen zurück.

² Z.B. die Aktionen und Demonstrationen im Oktober 1983 am Armee Depot Seneca Falls: »Vor den Toren der Pershing II Produzenten«, tageszeitung, 24. Oktober 1983; Meredith Smith, »Women at Seneca«, Resist June/July 1983; oder die Osteraktionswoche in Kalifornien: »Nein zu Atomwaffen, Krieg und AKWs«, tageszeitung, 24. April

1984; oder »Pershing mit Blut bespritzt«, tageszeitung, 21. Mai 1984.

³ Vg. »Citizens Activism Reviving on Issues from Arms to Economics«, New York Times, 14. Mai 1982.

⁴ Vgl. Scientific American, November 1982, 247/5, S. 52-61: »A Bilateral Nuclear-Weapon Freeze«.

⁵ Der Hauptorganisator, Roger Molander, war vordem Experte für Atomstrategien beim Nationalen Sicherheitsrat; vgl. New York Times, 26. April 1982.

⁶ Aktionen gegen das Trident-Waffensystem in Groton, Conn. und Seattle problematisierten allerdings die Rüstungsproduktion und -politik im Land. Ansonsten reicht das Spektrum von der Livermore Action Group über Greenpeace, Anti-AKW-Gruppen, kirchliche Gruppen und traditionelle Friedensorganisationen bis hin zu radikalen Pazifisten wie der War Resisters League.

⁷ Zu »Physicians for Social Responsibility« vgl. David Moberg, »Physicians at the Cross Roads«, In These Times, 8. Februar 1984.

⁸ Zu berücksichtigen ist hierbei sicherlich, woher sich die Unterstützung für den Freeze bei solchen Politikern speist: als Vertreter bestimmter fortgeschrittener Kapitalfraktionen müssen sie gegen ein weiteres Anwachsen der Staatsschuld, damit steigende Zinssätze, opponieren; folglich stellen sie nur das Ausmaß der Reaganschen Hochrüstung in Frage.

⁹ Cortright, SANE, zitiert in Village Voice, 2. November 1982, S. 14.

¹⁰ Der Kongreß soll ein Gesetz verabschieden, das die Bewilligung von Mitteln für die Erprobung und Stationierung von Atomwaffen sperrt, solange die Sowjetunion sich genauso verhält. Die Produktion wurde also vorerst ausgenommen. Vg. In These Times, 14. Dezember 1983, »Freeze widens Focus.«

¹¹ Vgl. die Demonstration vom 12. November 1983 in Washington D.C., mit der 30 000 gegen die US-Politik in Zentralamerika und in der Karibik protestierten.

¹² Joan Walsh, »Peace PACs proliferate as Freeze changes tactics«, In These Times, 11. April 1984.

¹³ Graswurzelrevolution, April 1983.

¹⁴ »Gewissenhafte Unternehmer«, wie Michael Harrington sie nannte, vgl. tageszeitung 11. Juni 1982.

¹⁵ Vgl. M. Mayer, »Give Peace a Chance? Seltsame Bündnisse«, Diskus 3/1982

¹⁶ Village Voice, 20. April 1982.

¹⁷ David Corn, »New Voters mean New Politics? Nuclear Times, July 1984.